

georgsmarienhütte im gespräch

SPD

Sozialdemokraten

SOZIALDEMOKRATISCHE BÜRGERINFORMATION September 1980 Nr. 2



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 5. Oktober 1980 wird ein neuer Bundestag gewählt. Wir wünschen uns, daß Sie dabei folgendes beherzigen:

- Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch.
- Helfen Sie mit, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt.

- Geben Sie Ihre Erststimme unserem Bundestagsabgeordneten Dr. Alfred Emmerlich.

Nur durch die Teilnahme an der Wahl können Sie Ihr Recht auf politische Mitbestimmung ausüben. Wahlverzicht heißt Verzicht darauf, unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder mitzugestalten.

Wir sind davon überzeugt, daß unsere Leser nur demokratische Parteien wählen. Wer durch die Wahl von Extremisten glaubt, am ehesten seinen Protest zum Ausdruck bringen zu können, begibt sich auf den falschen Weg. Stimmen für Splittergruppen sind verschenkte Stimmen. Nach allen Umfrageergebnissen haben die Splittergruppen keine Chance, in den Bundestag zu kommen. Wer sie wählt, der wird im Bundestag nicht vertreten sein.

Die SPD und Helmut Schmidt gewährleisten eine Politik der aktiven Friedenssicherung, der Abrüstung und des gerechten Ausgleichs zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd. Eine Politik, die nicht in erster

Linie die Interessen der Wirtschaft und ökonomische Ziele im Auge hat, sondern das Wohl des Volkes, soziale Gerechtigkeit, die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Verbesserung der Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt.

Helmut Schmidt und die SPD haben auch bewiesen, daß die Bewahrung und die Festigung unserer Demokratie und persönlichen und politischen Freiheitsrechte bei ihnen am besten aufgehoben sind.

Daß unser Bundestagsabgeordneter Dr. Alfred Emmerlich für die Arbeitsplätze bei Klöckner und damit für Georgsmarienhütte in Bonn besonders

KEIN GELD VERSCHENKEN - AN BOLTE DENKEN

HEINRICH BOLTE

GEORGSMARIENHÜTTE - ZENTRUM B 51
UND HINDENBURGSTRASSE 24

BEQUEME ANFAHRT AUS ALLEN RICHTUNGEN
EINFACHES PARKEN DIREKT AM HAUS

viel herausgeholt hat, daß er sich für die Bürger nach besten Kräften einsetzt, und daß er in der Bundesrepublik ein gewichtiges Wort mit-spricht, wird allgemein anerkannt. Mit Dr. Alfred Emmerlich wird unsere Region in Bonn auch im neuen Bundestag gut vertreten sein.

Am 5. Oktober mitmachen,entscheiden, richtig wählen - nämlich SPD, also Helmut Schmidt und Dr. Alfred Emmerlich.

Die Redaktion

Interview mit den Sprechern der Hochwasserschädigten des Baugebietes Hakeneschfeld vom 3.9.1980

Gig bat die Sprecher der Bürgerversammlung Hakeneschfeld Schneider, Strüwer und Bernsdorff um ein Interview. Die Vertreter der BV Hakeneschfeld legten vor Beginn dieses Interviews Wert auf die Feststellung, daß sie nach wie vor in keiner Weise parteipolitisch gebunden sind. Sie erklären ferner ausdrücklich, daß sie jeder Partei zur Sache Rede und Antwort stehen würden.

Gig: Am 7.7. dieses Jahres wurde Georgsmarienhütte von einem starken Gewitterregen überrascht, der besonders im Bauge-

biet Hakeneschfeld zu größeren Schäden führte. Haben Sie zwischenzeitlich einen Überblick über die entstandenen Schäden? Befürchten Sie, daß sich ein solches Ereignis mit ähnlichen Auswirkungen wiederholen könnte, oder halten Sie die inzwischen getroffenen Sicherungsmaßnahmen der Stadt für ausreichend?

Sprecher der BV: Einen Überblick über die Schäden haben wir, es sind erhebliche Schäden im Einzelfall bis zu 20.000 DM entstanden.

Wir befürchten nach wie vor einen Wiederholungsfall. Die getroffenen Maßnahmen der Stadt halten wie für nicht ausreichend.

Gig: Womit begründen Sie dies?

Sprecher der BV: Der Gutachter hat Vorwegmaßnahmen gefordert, weil nach wie vor eine Gefährdung dadurch besteht, daß die Trennung der Schmutzwassersysteme Hakeneschfeld und Menkhausfeld noch nicht vorgenommen worden ist und die Baumaßnahmen im höherliegenden Menkhausfeld noch nicht abgeschlossen werden können.

Gig: Sind Sie der Meinung, daß es sich hier um ein Naturereignis handelt, gegen dessen Auswirkungen man sich kaum schützen kann oder sind

der Stadt bei der Planung und Durchführung der Kanalisation gravierende Fehler unterlaufen?

Sprecher der BV: Da es sich hier um einen Wiederholungsfall vom September 1979 handelt, kann man nicht von einem Naturereignis reden, gegen das man sich nicht hätte schützen können. Das zeigt sich schon daran, daß erst mit Beginn der Baumaßnahmen Menkhausfeld derartige Überschwimmungen im Hakeneschfeld hervorgerufen wurden.

Soweit nach Planungsfehlern gefragt wird, schließen wir uns nicht unbedingt der Meinung des Bürgermeisters Siepel-meyer an, der von "ekla-tanten Planungsfehlern der Stadt" sprach, sondern wir sind eher der Meinung, daß es sich hierbei um Unterlas-sungsfehler während der Bauzeit im Menkhausfeld handelt.

Gig: Die Stadt hat den Betroffenen Unterstützung zugesagt und zahlt Bei-hilfen aus einem Spende-nfonds. Ein Schadenersatz wird abgelehnt. Sind die Betroffenen mit diesem Verfahren einverstanden?

Sprecher der BV: Nein, die Spenden decken die Schäden bei weitem nicht ab. Für die Regulierung der tatsächlich entstan-denen Schäden bleibt bei

derzeitigem Verhalten der Stadt aller Voraussicht nach nur der Prozeßweg übrig.

Gig: Der Aufruf zur Zah-lung von Spenden für Hochwassergeschädigte fand in der Bevölkerung nicht uneingeschränkten Beifall. Wie stehen Sie als Betroffene dazu?

Sprecher der BV: Wir ha-ten diese Maßnahmen für schlecht, da hiermit die Stadt die Verantwortung für ihre Zuständigkeit auf die Bürgerschaft ab-wälzen will.

Gig: Der von der Stadt eingeschaltete Gutachter Ohlenroth soll in seinem Gutachten zu dem Ergebnis gekommen sein, daß das Kanalnetz Hakeneschfeld zwar einige Mängel habe, diese allerdings mit dem Hochwasserschaden vom 7.7. nichts zu tun hät-ten. Der Schmutzwasser-rückstau in den Kellern gehe zu Lasten der be-troffenen Hauseigentümer. Werden Sie ein Gegengut-achten in Auftrag geben?

Sprecher der BV: Daß das Kanalnetz ordnungsgemäß geplant und ausreichend dimensioniert ist, wurde von uns zu keinem Zeit-punkt angezweifelt. Den-noch geht nach unserer Meinung das Gutachten von falschen Voraussetzungen aus, da die Stadt uns im-mer noch eine Erklärung darüber schuldig ist,

weshalb am Dienstag nach dem großen Regen bei trockenem Wetter das Schmutzwassersystem im oberen Teil des Haken-eschfeldes zur Hälfte mit Oberflächenwasser und Lehm aus dem Menkhausfeld belastet wurde.

Nach unserer Meinung sind daher die hydraulischen Nachberechnungen des Gut-achters völlig überflüs-sig gewesen, da das eigentliche Problem

in dem Zusammenschluß der beiden Schmutzwassersy-sterne zu suchen ist und somit (durch Nachlässig-keit) erhebliche Lehmmas-sen in das Schmutz-wassersystem gespült wur-den. Dies ist nicht zu-lässig.

Wir dürfen aus dem Gut-achten hierzu wie folgt zitieren, was unsere Mei-nung bestätigt: "Der Schmutzwasserrückstau im Hakeneschfeld wäre nicht eingetreten, wenn die Verbindung mit dem Menk-hausfeld noch nicht be-standen hätte und wenn dort vorhandenen Schmutzwasserabläufe ord-nungsgemäß verschlossen gewesen wären."

Ob ein Gegengutachten in Auftrag gegeben wird, wird die weitere Ent-wicklung ergeben.

Gig: Sie schließen nicht aus, die Stadt zu ver-klagen, wenn Ihre Forde-rungen nicht erfüllt wer-den. Welche Forderungen haben Sie gestellt? Wie ist der derzeitige Stand?

Sprecher der BV: Bezüg-lich der Schadensregu-lierung lehnt die Stadt ein Anerkenntnis ab. Sie hat uns darüber hinaus Urteile in ähnlichen Fäl-len genannt, die aus-nahmslos abschlägig für die Kläger entschieden wurden. Wir halten daran fest, daß wir bei einem Nichtentgegenkommen der Stadt den Klageweg be-schreiten, da wir von klaren Unterlassungen von seiten der Stadt ausgehen können.

Gig: Sie sind bei einem eventuellen Klageverfah-ren gegen die Stadt auf die geschlossene Unter-stützung der Betroffenen angewiesen. Wie beurtei-len Sie Ihre Erfolgsaus-sichten?

Sprecher der BV: Die So-lidarität der Hakenesch-feld-Bürger geht mittler-weile soweit, daß die fi-nanziellen Mittel für ein eventuelles Klageverfah-ren vorhanden sind. Dar-über hinaus hat die Soli-darität dazu geführt, daß Mitte September das erste Siedlungsfest im Haken-eschfeld stattfinden wird. Wir rechnen auch bei allen künftigen Schritten mit der vollen Unterstützung der Bürger des Hakeneschfeldes und auch mit dem Verständnis der übrigen Bevölkerung für unsere Probleme.

Gig: Wie danken Ihnen für dieses Interview.

Klößner demnächst mit neuer Technologie

Die Technologie der Stahlerzeugung bei den Georgsmarienhüttenwerken AG wird den heutigen und insbesondere den zukünftigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Aus mehreren Gründen: Der Energieverbrauch, die Umweltbelastung und infolgedessen die Gestehungskosten sind zu hoch. Den heutigen Qualitätsanforderungen muß mehr und flexibler Rechnung getragen werden können.

Ohne eine Modernisierung wäre die Stahlerzeugung bald nicht mehr genügend leistungsfähig und also nicht mehr konkurrenzfähig gewesen. Ob die Stahlverarbeitung hätte aufrecht erhalten werden können, wenn der dazu erforderliche Stahl von außerhalb hätte herangeschafft werden müssen, das erschien nach den bisherigen Erfahrungen in der deutschen Stahlindustrie in hohem Maße zweifelhaft.

Für die Wirtschaft der Region Osnabrück sind die Georgsmarienhütte und das Stahlwerk in Osnabrück nahezu unverzichtbar. Fast 10.000 Arbeitsplätze zu ersetzen, erscheint unter den heutigen Rahmenbedingungen so gut wie unmöglich. Auch in den Zulieferbetrieben wären Arbeitsplätze in großer

Zahl in Gefahr gewesen, verloren zu gehen.

Alle Verantwortlichen - Betriebsräte, Werksleitung und Politiker - waren sich seit Jahren einig: Die Hütte braucht eine neue, den heutigen und den zukünftigen Anforderungen gewachsene Stahlerzeugungsanlage, damit die Wirtschaftskraft der Region Osnabrück nicht unerträglichen Schaden nimmt, vor allem damit die Arbeitsplätze auf der Georgsmarienhütte, beim Stahlwerk und im Zulieferbereich langfristig gesichert werden.

Zunächst galt es, im Klößner-Konzern die Entscheidung für eine neue Metallurgie in Osnabrück durchzusetzen. Angesichts der weltweit schwierigen Lage in der Stahlindustrie war es nicht leicht, die Konzernverantwortlichen davon zu überzeugen, daß es notwendig und richtig war, etwa 150 Mio. DM für eine neue Metallurgie zu investieren, und zwar nicht in Duisburg, nicht in Hamburg, nicht in der Maxhütte, sondern in Georgsmarienhütte.

Dank des unermüdlichen Einsatzes aller Arbeitnehmervertreter mit dem Betriebsrat an der Spitze ist es gelungen zu erreichen, daß im Konzern

die Entscheidung zugunsten der Georgsmarienhütte fiel. Wie schwer das war, wieviel Einsatz und welche Zähigkeit dafür erforderlich waren, können nur die ermessen, die dabei selbst mitgewirkt haben.

Blieb die zweite Etappe, nämlich die Finanzierung der neuen Stahlerzeugungsanlage, also die

brück. Durch Ankauf der Hüttenbahn hat er einen wesentlichen Beitrag dafür geleistet, daß Klößner seine Liquidität verbessern konnte.

Das allein aber reichte nicht. Die Bundesregierung mußte in die Bresche springen. Das war möglich, weil die Techniker von Klößner ein völlig neues Verfahren zur



Aufbringung von rd. 150 Mio. DM. Dazu war der Konzern allein nicht bereit. Staatliche Hilfe war erforderlich.

Trotz anderslautender Versicherungen vor der Landtagswahl 1978, zeigte sich schon bald: Die von der CDU getragene niedersächsische Landesregierung war zur finanziellen Hilfe nicht bereit. Anders der Landkreis Osnabrück.

Stahlerzeugung bereits entwickelt hatten, das sogenannte KS-Verfahren. Dieses entspricht den Anforderungen, die für eine moderne Stahlerzeugung auf der Hütte gestellt werden. Es ist umweltfreundlich, es setzt den Energieeinsatz in erstaunlichem Ausmaß herab und es erlaubt als wesentlichen Energieträger die heimische Kohle. Es ermöglicht die Herstel-

lung von Qualitätsstählen, die allen Forderungen des Marktes gerecht werden.

In enger Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung, Arbeitnehmervertretungen und Politik ist es gelungen, die Gutachter davon zu überzeugen, daß das KS-Verfahren Zukunft hat. Zukunft für die Klöckner Georgsmarienerwerke, Zukunft für die deutsche Stahlindustrie, weil es dem deutschen Stahl auf dem Weltmarkt neue Chancen eröffnet.

Nachdem das KS-Verfahren positiv beurteilt worden war, galt es, aus dem Forschungsprogramm Stahl der Bundesregierung 50 Mio. DM freizuboxen. Das ist gelungen. Wir hatten rechtzeitig den Bundeskanzler, Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg und Bundesforschungsminister Volker Hauff über die Lage unterrichtet und uns ihre prinzipielle Unterstützung gesichert. Wir hatten unsere Freunde im Haushaltsausschuß mobilisiert und erreicht, daß sie unser Anliegen verstanden. Obwohl die Haushaltslage im Zeitpunkt der Entscheidung nicht besonders günstig war, hat der Haushaltsausschuß dem Antrag des Bundesforschungsministers, rd. 50 Mio. DM zur Verfügung zu stellen, zu-

gegeben nach schwierigen Verhandlungen, entsprochen.

Inzwischen ist die Grundsteinlegung erfolgt. Die KS-Anlage ist in Bau. Wir hoffen, daß 1982 der erste KS-Stahl gewonnen wird.

Die Klöckneraner blicken wieder zuversichtlich in die Zukunft und wir Osna-brücker, die wir genau wissen, welche Bedeutung die beiden Klöckner-Werke für die wirtschaftliche Lage unserer Region haben, freuen uns mit ihnen über die guten Zukunftsperspektiven, die sie haben. Mit ihnen sind wir stolz, daß auf der Hütte ein neues Stahlerzeugungsverfahren entwickelt und realisiert ist, das für die Zukunft der deutschen Stahlindustrie und die Stahlerzeugung in der Welt von großer Bedeutung sein kann.

Dr. Alfred Emmerlich

Montan-Mitbestimmung in Gefahr?

In den meisten Medien wird ausführlich über die "technische" Seite des Konfliktes bei Mannesmann berichtet. Über die Vorgeschichte der Montan-Mitbestimmung und deren Bedeutung für die Arbeitnehmer wird kaum etwas gesagt.

Wie H.O. Vetter es ausdrückt "... ist die Montan-Mitbestimmung die Gesetz gewordene Anerkennung für die Leistung, die von Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften beim Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg erbracht wurde."

Der Vorläufer der Montan-Mitbestimmung war die von Hans Böckler mit den Engländern ausgehandelte Mitbestimmungsregelung in der Eisen- und Stahlindustrie der britischen Zone. Die alliierten Pläne zur Entflechtung und teilweisen Demontage bedrohen den Bestand vieler Werke. Selbst Arbeitgeber boten damals den Gewerkschaften an, die Neuordnung der Wirtschaft mitzuzverantworten und in den Unternehmen mitzubestimmen.

Aber schon 1950, mit Beginn des Kalten Krieges versuchte Ludwig Ehrhard die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl abzuschaffen. Die Stahlarbeiter und Kumpel stimmten für Streik. Nach mehreren Gesprächen zwischen Hans Böckler und Konrad Adenauer sicherte 1951 eine große Koalition aus SPD und CDU/CSU die Montan-Mitbestimmung.

1955 kam es zum nächsten Eklat. Die Chefs der Montan-Industrie legten wieder zusammen, was die

Alliierten entflochten hatten. Im gleichen Arbeitsgang sollte die Mitbestimmung abgeschafft werden. Über Unternehmen wurden reine Verwaltungsdachgesellschaften gestülpt, bei denen die Montan-Mitbestimmung nicht galt. 800.000 Stahlarbeiter protestierten mit einem 24stündigen Warnstreik. Gegen die Stimmen der FDP beschloß 1956 der damalige Bundestag das "Mitbestimmungsergänzungsgesetz".

Um Streit mit den Gewerkschaften in der Aufbau-phase nach dem Kriege zu vermeiden, ließen sich die Unternehmen von der IG-Metall Betriebsvereinbarungen abhandeln. Mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmervertreter sind aufgrund dieser Betriebsvereinbarungen in den Aufsichtsräten und Vorständen der Stahlindustrie, so z. B. auch bei Klöckner.

Jetzt scheint es für die Arbeitgeberverbände und den Wirtschaftsrat der CDU an der Zeit zu sein, die Montan-Mitbestimmung abzuschaffen.

Mannesmann würde durch die "betriebswirtschaftlichen Umstrukturierungen" von Egon Overbeck nicht mehr unter das Gesetz von 1956 fallen. Der Anteil am Umsatz von Kohle und Stahl würde dann unter 50 % fallen und dann gelte die unparitätä-

tische Mitbestimmung von 1976. Nachziehen würden dann alle großen Stahlunternehmen. Auch der Vorschlag, den Umsatzanteil von Kohle und Stahl im 1956er Gesetz von 50 % auf 33 1/3 % zu senken, würde den Konflikt nur verschieben.

Um die Debatte um die Montag-Mitbestimmung zu beenden, forderten Herbert Wehner und 213 Bundestagsabgeordnete der SPD in einem Antrag zu einem "Mitbestimmungssicherungsgesetz", daß für Unternehmen, die einmal unter die Montag-Mitbestimmung fallen, ohne Einschränkung die Montag-Mitbestimmung gelten soll.

Hermann Raufhake

Der "Grüne AW-Frosch" in Georgsmarienhütte - Ein Fest für Kinder -

Am 25.7.1980 führte die SPD Georgsmarienhütte zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt Osnabrück-Land im Rahmen der Ferienpaßaktion ein Kinderfest durch.

Bei herrlichem Wetter vergnügten sich mehr als 1.000 Kinder einen Tag lang auf dem Gelände des Kirmesplatzes bei Kegelspielen, Torwand, Ringwerfen und anderen Spielen. Hauptattraktion war wie immer der große Babbélplast (64 qm), auf dem sich die Kinder einmal richtig austoben konnten. Viel Interesse fand außerdem die große Malstraße, in der sich

die Kinder teilweise mit großem Erfolg als Künstler versuchen konnten. Auch wenn einige von ihnen nach dem Malen bunter als ihre Bilder waren, Spaß hat es gemacht.

Väter und Mütter konnten vom angebauten Straßencafe aus bei Kaffee und Kuchen oder anderen Erfrischungen dem fröhlichen Treiben ihrer Sprößlinge zusehen.

Der beste Erfolgsmesser dieses Festes waren Fragen der Kinder wie: "Kommt Ihr bald wieder?" oder "Seid Ihr morgen auch da?" Kinder, wir kommen wieder. Im nächsten Jahr im Rahmen der Ferienpaßaktion.

Bei dieser Gelegenheit sollte nicht der Dank vergessen werden an die vielen Helfer, die dieses Fest ermöglicht haben. Insbesondere danken wir den Frauen der AW.

Robin Morrison

Ja, wir sind mit dem Fahrrad da ... - Dr. Alfred Emmerlich per Rad durch den Landkreis

Vom 20.8.1980 bis 22.8.1980 radelte Dr. Alfred Emmerlich mit seinen Kindern durch den Landkreis Osnabrück.

Am ersten Tag schlossen sich Mitglieder der SPD-Georgsmarienhütte in Har derberg an und begleiteten ihn durch Kloster-Oesede, Oesede, Alt-Georgsmarienhütte, Holzhausen bis Hasbergen, dem ersten Etappenziel.

Wie jeder Radfahrer, stellte auch Dr. Alfred Emmerlich fest, daß das Radwegenetz in Georgsmarienhütte unzureichend ausgebaut und das Radfahren auf einigen Straßen beinahe lebensgefährlich ist.

Verschnauaufpausen boten den Bürgern in den einzelnen Stadtteilen die Möglichkeit, ihren Problemen und Wünschen Gehör zu verschaffen. Hiervon wurde teilweise reger Gebrauch gemacht. Außerdem konnten die Kinder an einem Luftballonwettbewerb teilnehmen.

Hier die Gewinner:

Daniela Kolbe, Alte Herrstraße 32; Dirk Callmer, Am Kiefernhang 8; Steffan Gottschalk, Drechslerstr. 7; Markus Kattner, Zur Steinbreite 20 A

Die Gewinne werden Euch in den nächsten Tagen überreicht. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der Gesamtsieger nach Auswertung aller Einsendungen aus dem Landkreis ermittelt.



Alles, was Sie für Ihr Handarbeitshobby benötigen, finden Sie in Ihrem Fachgeschäft

Handarbeitshaus

Volker Haas

4504 Georgsmarienhütte
Karlstraße 18
Telefon 0 54 01 / 22 25

... das große Freizeitvergnügen

Da die Sonne uns nur bis Oesede begleitete, fiel die vorgesehene Rast am Waldbad ins Wasser. Deshalb bitten wir um Verständnis bei den Bürgern, die vergebens auf unseren Bundestagsabgeordneten gewartet haben.

Robin Morrison

ÜBRIGENS:
DIE FRAKTION DER SPD-GEORGSMARIENHÜTTE HAT EINEN RADWEGEPLAN ERARBEITET! INTERESSENTEN BITTE MELDEN BEI:
Dieter Selige, Papiermühle 22

Aus dem Jugend- und Sportausschuß

Aufgabe für die 80er Jahre wird es sein, eine ausgewogene Förderung zwischen nichtorganisierten und organisierten Jugendlichen zu erreichen.

Welche konkreten Maßnahmen der Stadt stehen derzeit an?

Im Bereich des sogenannten Schulberges (L 95/Carl-Stahmer-Weg) soll ein Rasensportplatz mit 400 m-Laufbahn auf der aufgeschütteten Fläche angelegt werden. Als weitere Maßnahmen ist etwa östlich des Museums die Errichtung einer großen Mehrzweckhalle geplant.

Für den Bereich Holzhausen wird ein Bolzplatz als Tennenplatz angelegt. Die Benutzung des Schulsportgeländes für Holzhauser Kinder ist dringend erforderlich.

Einen eigenen Hockeyplatz sollten die Hockeyspieler im Bereich der Glückauf-Kampfbahn erhalten.

Weitere Wünsche aus Kloster Oesede und Harderberg im Sportbereich werden z. Z. diskutiert.

Die Jugendgruppen, die im Stadtjugendring vertreten sind, machen uns Kommunalpolitikern die wenigsten Sorgen. Die finan-

zielle Unterstützung ist in Richtlinien geregelt und es kann festgestellt werden, daß die Stadt für die vorgebrachten Wünsche fast immer ein offenes Ohr zeigte. In diesem Zusammenhang gebührt ein Dank an die vielen freiwilligen Helfer, die sich immer wieder für die Jugend einsetzen.

Die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Stadtjugendring und dem Stadtrat bei der Bewältigung der anstehenden Probleme verdient Anerkennung.

Die nichtorganisierten Jugendlichen bereiten je nach politischer Betrachtungsweise die größten Kopferbrechen. Mit der guten Idee, ein stadt-eigenes Jugendzentrum zu schaffen, begannen auch die manigfaltigsten Probleme. Der erste Anlauf mit viel Euphorie und Idealismus verbunden, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum dauerhaft einzurichten, scheiterte. Heute, nach Ernüchterung auf allen Seiten, und dem Bekenntnis, daß auch wir Stadträte hinzugelernt haben, hoffen wir, daß mit der Neueröffnung des Jugendzentrums mit anderer Zielsetzung und unter pädagogischer Leitung erfolgreicher gearbeitet werden kann.

Wir hoffen weiter, daß unser städt. Jugendpfleger mit seinen Mitarbeitern besonders nichtorga-

nisierten Jugendlichen Möglichkeiten schaffen kann, sich in ihrem Wohnbereich/Stadtteil regelmäßig zu treffen. Aktiv unterstützt werden muß dabei die Integration der ausländischen Jugend.

Die Betreuung nichtorganisierter Jugendlichen muß deshalb in erfahrenen Händen liegen, weil sich in dieser Gruppe der größte Anteil der Jugendlichen mit einem gestörten Verhältnis zum Elternhaus oder zur Umwelt befindet. Wir meinen, daß man für diesen Kreis sich stärker als bisher engagieren sollte, denn es ist besser und kostengünstiger, Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen, anstatt sie später als Erwachsene vom Staat mit anderen Mitteln unterstützen zu müssen.

Aus diesem Grunde müssen alle Bürger sich stärker noch als bisher den Wünschen und Bedürfnissen unserer Kinder und Jugendlichen öffnen.

Manfred Bolte

Sozial- und Familienprogramm der SPD-Fraktion wurde in den Ausschüssen diskutiert

Die SPD-Fraktion beschloß Anfang dieses Jahres in einer Klausurtagung ein umfassendes kommunales Familien- und Sozialpro-

Jedes Buch in der

MÖSER-BUCHHANDLUNG

Fachbuchhandlung für Pädagogik, Jura und Technik
Inhaber Frank Oelrich

**Osnabrück - Johannisstraße 55
am Neumarkt / Fußgängerzone**

Besuchen Sie auch unseren Taschenbuchladen
in der Neumarkt-Passage



gram. Die NOZ berichtete bereits darüber.

Das als Paket gefaßte Programm mußte entsprechend den parlamentarischen Geflogenheiten für die Beratungen in den verschiedenen Fachausschüssen wie folgt aufgeschnürt werden:

- Einführung der Lernmittelfreiheit für das 1. Schuljahr
- Schulausschuß -
- Erhöhung und Änderung der Kindergartenbezuschussung
- Sozial- und Familienausschuß -
- Verbesserung der Gebühreuzuschüsse
- Sozial- und Familienausschuß -
- Telefonkostenzuschüsse für Behinderte und Pflegebedürftige
- Sozial- und Familienausschuß -
- Entschuldung in sozialen Notlagen
- Sozial- und Familienausschuß -

- Förderung des Wohnungsbaus für kinderreiche Familien
- Bauausschuß -
- Sonderzuschüsse zu Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen
- Bauausschuß -
- Aufwendungszuschüsse für den sozialen Wohnungsbau
- Bauausschuß -
- Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien
- Verwaltungsausschuß -
- Bildung eines Ausländerbeirates
- Verwaltungsausschuß -
- Einrichtung einer Bürgerberatungsstelle
- Verwaltungsausschuß -

Was ist nun aus diesen Vorschlägen geworden? Nach anfänglichen Startschwierigkeiten kam es in den Ausschüssen zu sachlich geführten Diskussionen, die trotz einiger prinzipieller Meinungsunterschiede, weitgehende

Übereinstimmung erkennen ließen. Bedauerlicherweise fand die Einführung der Lernmittelfreiheit für das 1. Schuljahr (Kosten ca. 16.000 DM) bisher keine Zustimmung. Positiv griff der Verwaltungsausschuß die Vorschläge zur Integration der Ausländer auf und beschloß die Bildung eines Ausländerbeirates. Die Einrichtung einer Bürgerberatungsstelle wurde zurückgestellt.

Der Sozial- und Familienausschuß beauftragte die Verwaltung, die positiven Beratungsergebnisse für die nächsten Sitzungen für abschließende Beratungen zusammenzufassen.

Der Bauausschuß schlug die Bildung einer Kommission vor, die Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus kinderreicher Familien und die Gewährung von Zuschüssen zu Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen erarbeiten soll.

Daß Mietpreiserhöhungen im Sanierungsgebiet sich künftig in angemessenen Größenordnungen bewegen, bleibt ein weiter zu verfolgendes Ziel. Die Stadt kann hierbei nur im geringen Umfang Unterstützung gewähren, da in erster Linie das Sozialministerium und die Baugeellschaften angesprochen sind.

Alles in allem eine erfreuliche Zwischenbilanz. Die weiteren Beratungen in den Ausschüssen werden zeigen, ob dies auch am Schluß festgestellt werden kann.

Dieter Selige

Nur die Zweitstimme für die SPD ist die direkte Stimme für Bundeskanzler Helmut Schmidt

Endlich! Fleisch- und Wurstwarenverkauf an der Brunnenstraße

Donnerstags, von etwa 14.00 - 18.00 Uhr, wird künftig an der Brunnenstraße ein Verkaufsstand für Fleisch- und Wurstwaren stehen. Inhaberin: Marlies Eickhorst. Damit kann den wiederholt vorgebrachten Wünschen der Bürger dieses Raumes, wofür wir uns stark gemacht haben, endlich entsprochen werden. Wir hoffen, daß das Angebot angenommen wird.

Dieter Selige



Eine Gewerkschaft, die weiß was sie will.

Modern, vielseitig und erfolgreich.

Kreisverwaltung Osnabrück, Neuer Graben 39

Telefon 0541 / 27141/42

Treffpunkt

1.10.80, 15.00 Uhr
Busfahrt, Seniorenkreis
Oesede

7.10.80, 15.00 Uhr
Fahrt ins Blaue, Mühle
Potthoff, Seniorenkreis
Holzhausen

7.10.80, 15.00 Uhr
Kaffeenachmittag, Heilig-
Geist-Kirche, Arbeiter-
wohlfahrt Oesede Mitte

12.10.80
Volkswandertag, Markplatz
Kloster Oesede, VfL Klo-
ster Oesede

12.10.80, 14.30-20.00 Uhr
Fußballturnier mit ver-
schiedenen Verbänden,
DLRG Jugend

18.10.80
Sportlerball, Kloster
Oesede, Sporthalle, VfL
Kloster Oesede

21.10.80, 15.00 Uhr
Kaffeenachmittag, Heilig-
Geist-Kirche, Arbeiter-
wohlfahrt Oesede Mitte

21.10.80, 15.30+18.30 Uhr
Filmveranstaltung, Aula
der Realschule, Stadt-
jugendring

27.10.80 - 2.11.80
Begegnungsfahrt nach
Prag/CSSR, Stadtju-
gendring/Städt.
Jugendpflege

Wie für Anzeigen in Zei-
tungen üblich, besteht
kein Zusammenhang zwi-
schen den politischen
Auffassungen der Inse-
renten und der in dieser
Zeitung geäußerten po-
litischen Meinung.

FLEUROP *Dienst*

EDUARD KÄDING

Friedhofsgärtnerei · Blumenbinderei

Georgsmarienhütte

Wellenkampstr. 21 · Karlstraße 18 · Tel. (054 01) 25 59

Herausgeber: SPD Ortsverein Georgsmarienhütte

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Klaus
Kraegeloh, Im Siek 20, Tel. 5325

Redaktion: Klaus Kraegeloh, Dieter Selige, Robin
Morrison, Bernhard Völkel, Hermann Raufhake, Detlef
Hengelbrock

Druck: Staperfeld, Osnabrück

Auflage: 10.000